

## **Plenarsitzung**

10. Oktober 2019, 16.00 Uhr

**Vorsitz: Vizepräsident André Mücke**

## **Tagesordnung**

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 5. September 2019 (Anlage 1)**
- 3. Berichte**
  - a) Berichte des Präsidiums**  
u.a. „Gegen das Vergessen“, AzubiCard, Länderpartnerschaft beim Hafengeburtstag 2020
  - b) Bericht des Stellv. Hauptgeschäftsführers (Anlage 2)**
  - c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums**  
u.a. Bericht zur Delegationsreise der IHK Nord nach Shenzhen von Herrn Pirck
  - d) Berichte aus den Ausschüssen**
- 4. Beschluss über die Änderung unserer Prüfungssatzungen Versicherungsvermittler und Bewachungsgewerbe (Anlage 3)**
- 5. Beschluss über die Neufassung des Statuts für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen (Anlage 4)**
- 6. Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Projektgruppe Satzungsevaluation (Anlage 5; Unterlage wurde vorab über HKConnect versendet)**
- 7. Bericht und Beschluss über die Positionierung Handelskammer Hamburg zur OECD-Studie zur Metropolregion Hamburg (Anlage 6)**

## **8. Beschlüsse über Anträge**

- a) „Verbesserung von unten“ von Herrn Holstein (Anlage 7)
- b) „Ausschussvorsitzenden Gehör verschaffen“ von Herrn Holstein (Anlage 8)
- c) „Sparsamkeit – Transparenz und Fairness“ von Herrn Thies (Anlage 9)
- d) „Keine personellen Veränderungen“ der Herren Brauer, Ederhof, Elmendorf (Anlage 10)
- e) „Fortführung der Diskussion HGF-Degen“ der Herren Holstein, Jakovlev (Anlage 11)
- f) „Der DIHK darf keine Dachorganisation der Handelskammern werden“ von Frau Nack-Warenycia und Herrn Dr. Teichert (Anlage 12)
- g) „Mit gutem Vorbild voran gehen“ von Herrn Elmendorf (Anlage 13)

## **9. Verschiedenes**

**Anwesend:**

Herren Vizepräsidentes Mücke, Jensen;

Herren Asmus [ab 16.58 Uhr], Bartmann, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Brauer, Dürre, Ederhof, Goetz, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hellwig, Jakovlev, Koopmann, Korff [ab 16.24 Uhr], Kranz, Kuhlmann, Dominik Lorenzen, Perleberg, Pirck, Frau Prinz, Herren Räber, Selent, Sträßner, Tasbilek, Frau Wendt-Heinrich, Herr Wöhlke;

Dauerhafte Gäste im Plenum:

Herren Enkerts, Dr. Mecke;

Aus dem Hauptamt:

Herr Grams, Frau Gonnermann, Herren Graf, Kornella;

Herren Almawas, Anders, Döll, Dumschat (IT), Frau Enzel, Herren Funke (IT), Knahl, Konow, Dr. Lau, Frau Michl, Herr Olbrisch, Frau Dr. Ölschläger, Frau Schmidt, Frau Theis, Frau Thormann, Herr Tietgens, Frau von Wedel, Frau Weißbecker, Frau Wilhus, Frau Gotthardt (Protokoll).

Entschuldigt fehlen:

Frau Vizepräsidentes Rickwardt, Herr Vizepräsidentes Elmendorf, Herr Vizepräsidentes Kröger;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herren Costur, Duphorn, Ebert, Enke, Falk, Fischer, Gehrckens, Frau Gül Canbolat, Herren Hanneforth, Hocquél, Holler, Holstein, Dr. Killinger, Lintzen, Daniel Lorenzen, Lorenz-Meyer, Frau Meier, Herr Montzka, Frau Nack-Warenycia, Frau Nissen-Schmidt, Herren Pfeiffer, Platz, Pohle, Reinecke, Schmelzer, Frau Schoras, Herren Siebold, Dr. Teichert, Thies, Dr. Vogelsang, Wandrey, Wendt-Reese;

Herren Dr. Brüggestrat, Dr. Gent, Frau Dr. Griefahn, Frau Mohr-Rothe, Frau Odebrecht, Frau Rohwedder, Herr van der Schalk.

*Zu Beginn der Sitzung befinden sich 25 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.*

Herr Vizepräsident Mücke eröffnet die Sitzung begrüßt die Anwesenden und die Gäste.

### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Vizepräsident Mücke stellt fest, dass die Tagesordnung den Plenarmitgliedern fristgerecht über HKConnect zugegangen sei.

*Änderungswünsche und Ergänzungen liegen nicht vor. Das Plenum genehmigt die Tagesordnung in vorliegender Form mit 25 Ja-Stimmen einstimmig.*

### **TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 5. September 2019 (Anlage 1)**

Herr Vizepräsident Mücke gibt an, dass das Protokoll der September-Sitzung den Plenarmitgliedern mit den Plenarunterlagen zugegangen sei. Herr Pirck bittet um Änderung seines dokumentierten Wortbeitrags unter TOP 5a „Beschlüsse zur Vorbereitung der Handelskammer-Wahl 2020: Bestimmung der Wahlfrist“ (Seite 9). Er sehe sich nicht korrekt wiedergegeben und wünscht die Abänderung der betreffenden Textpassage wie folgt:

*„Herr Pirck geht auf die Presseberichterstattung ein, wonach Herr Elmendorf im Führungsteam eines Wahlbündnisses erneut bei der Kammerwahl antreten will. Nach seiner Auffassung war es bisher Usus, dass der Leiter der Wahlkommission nicht wieder kandidiert. Er fragt, inwieweit es vereinbar sei, dass der Vorsitzende der Wahlkommission nach Abschluss der Arbeiten der Kommission bekanntgibt, erneut zu kandidieren. Dies sei ein Bruch mit der demokratischen Tradition im Plenum. Ferner fragt er, wie die Position des Präsidiums zu diesem Sachverhalt sei.“*

Verweisend auf die Sitzungsabwesenheit der Vizepräsidenten Rickwardt, Elmendorf und Kröger bietet Herr Vizepräsident Mücke an, die Frage nach der Positionierung des Präsidiums zur Besetzung des Leiters der Wahlkommission in der November-Plenarsitzung zu erläutern. Herr Pirck nimmt das Angebot an.

*Weitere Anmerkungen aus den Reihen der Anwesenden gibt es nicht. Das Plenum genehmigt unter Berücksichtigung der Änderung von Herrn Pirck das Protokoll der Plenarsitzung vom 5. September 2019 mit 25 Ja-Stimmen einstimmig und beschließt seine Veröffentlichung auf [hk24.de](http://hk24.de).*

### **TOP 3: Berichte**

#### **a) Berichte des Präsidiums**

Herr Vizepräsident Mücke berichtet über die Unterzeichnung eines Memorandums of Understanding zwischen der Handelskammer und dem International Business Partner City Council der Stadt Osaka am 23. September im Rathaus. Die Unterzeichnung habe im Rahmen des Besuchs des Bürgermeisters von Osaka anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Osaka stattgefunden. Mit dieser Vereinbarung werde die Handelskammer Teil des „International Business Partner City“-Netzwerks, das die Stadt Osaka seit den 1980er Jahren pflege und immer weiter ausbaue. Das Netzwerk umfasse 13 Partnerstädte in Asien-Pazifik, darunter einige, mit denen die Handelskammer bereits

über Hamburg-Repräsentanzen verbunden sei (Shanghai, Mumbai) und viele, zu denen die Handelskammer bislang lediglich Zugang über Auslandshandelskammern habe (Bangkok, Hong Kong, Ho Chi Minh City, Kuala Lumpur, Manila, Melbourne, Seoul und Singapur). Ziel des „International Business Partner City“-Netzwerks sei der Austausch zwischen den institutionellen Partnern (Kammern, Wirtschaftsförderorganisationen) zu den Themen Internationalisierung, Außenwirtschaftsförderung, Innovation und Hochtechnologie, sowie die Vernetzung der Unternehmen an den Partnerstandorten. Besonders gefördert werde die Internationalisierung kleiner und mittelständischer Unternehmen. Neben Firmenvernetzungen sollen Kooperationen in den Bereichen Innovation, Hochtechnologien, Handel und Investitionen gefördert werden. Eines der Kernformate des Netzwerks sei der jährliche „Business Partner City Round Table“ (BPC-Roundtable), der an wechselnden Standorten stattfindet. Dieses Format diene zum einen dem Erfahrungsaustausch der Partnerinstitutionen untereinander, zum anderen befördere es die Vernetzung von Unternehmen durch Begleitprogramme für Unternehmerdelegationen aus verschiedenen Partnerstädten. Es sei geplant, Ende 2021 parallel oder in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum ITS-Weltkongress den ersten BPC-Roundtable außerhalb Asiens auszurichten – in Hamburg. Mit einer solchen Netzwerkveranstaltung schaffe die Handelskammer den Prototyp einer großen, innovationszentrierten Asien-Konferenz in den Jahren zwischen den „Hamburg Summits“. Der Geschäftsbereich International befinde sich bereits in Gesprächen mit den Partnern aus Osaka über ein Mitwirken beim „Hamburg Summit“ im kommenden Jahr.

Herr Vizepräsident Mücke berichtet stellvertretend für Frau Nack-Warenycia von der kürzlich erfolgten Buchvorstellung „Gegen das Vergessen“. Dieser Band mit insgesamt 38 Biographien von Vertretern des Ehren- und Hauptamtes bilde den zweiten Teil des öffentlichen Gedenkens an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft aus den Reihen der Handelskammer. Die Veranstaltung sei aus Sicht der Besucher eine sehr würdige Veranstaltung gewesen. Für Interessenten lägen Exemplare des Buches aus. Bestellungen nehme die Handelskammer auch gerne entgegen. Mit dem Buch ende die Arbeit der Stolperstein-Kommission.

Ferner berichtet Herr Vizepräsident Mücke über die medial begleitete Vorstellung des „Bündnisses für die Innenstadt“, einer Allianz der Handelskammer und sechs Verbänden. Ziel sei es, die Attraktivität und Lebendigkeit der Innenstadt gemeinsam mit der Bürgerschaft und den Senat zu befördern. Der Einzelhandel, der eine der prägenden Branchen der City-Wirtschaft sei, erfahre im Zuge der Digitalisierung einen tiefgreifenden Strukturwandel, so dass sich die enge Verbindung zwischen Handel und Innenstadt zusehends verändere. Das Überseequartier in der Hafencity, das voraussichtlich 2022 eröffnet werde, sei zwar eine neue Attraktion für Hamburg, es verändere aber auch die Wettbewerbssituation im Einzelhandel nachhaltig. Die Forderungen der Wirtschaft seien im Standpunkt Papier der Handelskammer erläutert.

Herr Vizepräsident Mücke informiert über einen englischsprachigen Vortrag des international renommierten senegalesischen Ökonomen Professor Felwine Sarr über eine neue Ethik der Beziehungen zwischen Afrika und Europa am 11. November 2019 um 19.00 Uhr im Albert-Schäfer-Saal. Die Veranstaltung, eine Kooperation der Handelskammer mit der Forschungsstelle „Hamburgs (post-) koloniale Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung“, zahle auf einen Beschluss des Plenums aus dem Jahr 2016 ein, die Rolle der Hamburger Wirtschaft in der deutschen Kolonialgeschichte kritisch zu hinterfragen. Bereits im Vorfeld habe die Handelskammer ein Findbuch über alle Quellen aus dem hauseigenen Archiv und der Stiftung

Hanseatisches Wirtschaftsarchiv zu diesem Thema erstellen lassen. Und auch der „Runde Tisch Koloniales Erbe“ sei bereits zu Gast in der Handelskammer gewesen.

Herr Vizepräsident Mücke berichtet über die aktuellen Entwicklungen der AzubiCard. Mittlerweile sei die Karte den rund 22.000 Auszubildenden zugestellt worden. Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher habe ebenfalls eine AzubiCard erhalten und sei nun „Ehrenazubi“ der Handelskammer. Von Seiten der Auszubildenden und der Ausbildungsbetriebe gebe es sehr positive Rückmeldungen zu dieser Karte. An der damit verbundenen Rabattaktion für Auszubildende beteiligten sich bereits 90 Unternehmen, darunter auch Mitglieder des Plenums. Herr Vizepräsident Mücke dankt allen sich an der AzubiCard beteiligten Unternehmen und wirbt um Weiterempfehlung dieser Aktion in Unternehmensnetzwerken. Beteiligte Firmen erhielten einen Werbesticker, der ihre Unterstützung kenntlich mache.

Herr Vizepräsident Mücke berichtet über die Hanseatische Lehrstellenbörse vom 24. bis zum 25. September. Rund 8.000 Besucher hätten sich über das Angebot der über 110 Aussteller und die insgesamt 1.562 freien Stellen für das Ausbildungsjahr 2020 informiert. Im Ehrenhof hätten parallel die Handwerkswelten stattgefunden. Es habe einen Rundgang mit Bürgermeister Tschentscher und Handwerkskammer-Präsident Stemmann gegeben.

Bezugnehmend zu den aktuellen Auszubildendenzahlen von Ende September spricht Herr Vizepräsident Mücke von einem ungebrochen hohen Ausbildungsengagement der Hamburger Unternehmen. Die Bewerberlage sei schwierig, einige freie Lehrstellen blieben unbesetzt. Aktuell seien 8.726 neue Ausbildungsverträge registriert worden. Damit sei das Vorjahresniveau (8.821 Verträge) knapp unterschritten. Große Veränderungen bis zum Jahresende seien nicht mehr zu erwarten. Wie schon in den vergangenen Monaten verzeichneten die metalltechnischen Berufe überdurchschnittlich viele Neuverträge, hingegen sei es in der Lagerlogistik und im Büromanagement offenbar schwieriger geworden, geeignete Bewerber zu finden.

In Namen von Frau Vizepräsident Rickwardt berichtet Herr Vizepräsident Mücke zum einen über den Erfolg des Films „Systemsprenger“ der Hamburger Regisseurin Nora Fingscheidt. Das von der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein geförderte Drama sei kürzlich bei der Berlinale mit dem „Silbernen Bären“ ausgezeichnet und als deutscher Kandidat für den Fremdsprachen-Oscar nominiert worden. Mit mehr als 35 Drehtagen habe der Großteil der Dreharbeiten in Hamburg stattgefunden. Zum anderen berichtet Herr Vizepräsident Mücke über den Länderpartner des Hamburger Hafengeburtstages im kommenden Jahr. Das Land Kroatien werde sich beim Hafengeburtstag vom 8. bis zum 10. Mai 2020 auf der Kehrwiederspitze präsentieren. Seit 2004 werde stets ein anderes Land als Länderpartner des Hamburger Hafengeburtstages ausgewählt. In diesem Jahr und im Vorjahr seien es Occitane in Südfrankreich und Südafrika gewesen. Die Handelskammer habe sich sehr dafür eingesetzt, Kroatien für die Länderpartnerschaft des Hafengeburtstages zu gewinnen. Zum Hafengeburtstag werden hochrangige politische Repräsentanten Kroatiens eingeladen. Am 6. Mai 2020 werde die Handelskammer gemeinsam mit der kroatischen Handelskammer, der deutsch-kroatischen AHK und dem Ostausschuss-Osteuropaverein ein „Wirtschaftsforum Kroatien“ veranstalten. Mögliche Themen des Wirtschaftsforums seien Umwelttechnologie, Lebensmittelverarbeitung, Logistik und Startups. Außerdem werde Kroatien im ersten Halbjahr 2020 erstmals den EU-Ratsvorsitz übernehmen, und zwar unmittelbar vor Deutschland.

## **b) Bericht des Stellv. Hauptgeschäftsführers (Anlage 2)**

Herr Grams verweist auf den vorab versandten schriftlichen Bericht des Stellv. Hauptgeschäftsführers, der die Initiative „Deine Stadt. Deine Hotels“ thematisiert habe. Hierbei handle es sich um eine erstmals durchgeführte Veranstaltung, stattfindend vom 8. bis zum 11. November 2019, der Hamburger Hotellerie. Ziel der Veranstaltung sei es, die Hotellerie als Ausbilder und Arbeitgeber zu präsentieren. Diese Branche beschäftige 88.000 Menschen in Hamburg. Darüber hinaus solle die gute Akzeptanz für diesen Wirtschaftszweig unter Hamburgs Gästen wie auch Einwohnern verdeutlicht werden. Mittels diverser Aktionen und Vergünstigungen solle auf das Leistungsangebot hingewiesen werden. „Deine Stadt. Deine Hotels“ werde von der Hamburg Tourismus GmbH veranstaltet. Initiiert worden sei die Veranstaltung von der Handelskammer, der Hamburg Tourismus GmbH und den Vereinen Tourismusverband Hamburg, Dehoga Hamburg, Promotion Pool der Hamburger Hotellerie und Karriere-Werkstatt. Finanziert werde die Initiative über Mittel aus der Kultur- und Tourismussteuer, die in der Hotellerie erhoben werde und die mit diesem Projekt erstmalig unmittelbar der Hotellerie zu Gute käme.

Herr Grams berichtet über den Sachstand der Personalplanung. Ausgangslage sei ein aktueller Personalstellenplan aus dem Jahr 2015 mit 309 Mitarbeiteräquivalenten (MÄ). Derzeit beschäftige die Handelskammer 246 MÄ, womit über 50 Stellen vakant seien. Ziel sei es, den Personalbestand leicht anzuheben (auf 263 MÄ), um durch Fluktuation geschaffene Vakanz auszugleichen – insbesondere im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter. So werde sichergestellt, dass die Handelskammer auch in Zukunft Standpunkte- und Positionspapiere erarbeiten könne. Die ehemalige Hauptgeschäftsführerin, Christi Degen, habe begonnen, einen neuen Personalstellenplan zu erarbeiten. Diese Planungen seien seinerzeit bilateral mit den Geschäftsbereichen und den Personalrat vorbesprochen worden, jedoch nicht mit dem Ehrenamt, was zwischenzeitlich nachgeholt worden sei. Der Innenausschuss habe sich mit der Personalplanung in seiner Sitzung am 19. August und am 23. September 2019 befasst. Das Ergebnis sei heterogen ausgefallen. Einerseits habe das Votum bestanden, einen neuen Stellenplan erst in der neuen Legislaturperiode umzusetzen, in der das Plenum die Leitplanken inhaltlicher Arbeit der Kammer beschließe und daraus dann die erforderlichen Personalressourcen abgeleitet werde. Andererseits habe es Befürworter einer jetzigen Anpassung des Personalstellenplans an den aktuellen personellen Gegebenheiten gegeben. Als Kompromisslinie habe die Geschäftsführung zwischenzeitlich von der Erarbeitung eines neuen Personalstellenplans gleichzeitig dem aktuell gültigen Plenarbeschluss, dass die Beitragseinnahmen bis zum Jahr 2023 auf 35 Mio. Euro zu reduzieren seien, dadurch Rechnung getragen, indem die Personalkapazität von maximal 263 MÄ bei den zukünftigen Planungen nicht überschreiten werde. Die Differenz zu den im aktuell gültigen Stellenplan vorgesehenen 309 MÄ bliebe als Vakanz bestehen. Der ab sofort beginnende geringe Personalaufbau auf 263 MÄ erfolge durch Elternzeitrückkehrer, Übernahme von Auszubildenden und einzelne Neueinstellungen. Gleichzeitig würden in den kommenden Wochen einige personelle Versetzungen erfolgen. Dies sei unter anderem deshalb erforderlich, da die Geschäftsbereiche unterschiedlich stark von der bisherigen Personalfuktuation betroffen seien, so dass ein Ausgleich vorgenommen werde, um die Arbeitsfähigkeit in den Geschäftsbereichen sicherzustellen. Bei diesen Umstellungen werde selbstverständlich der gültige Plenarbeschluss beachtet, nach dem Stopp der Reorganisation keine organisatorischen Änderungen im Organigramm der Handelskammer vorzunehmen. In mehreren Gesprächen sei der Personalrat mit den Planungen gefasst worden. Zwischenzeitlich sei ein Einvernehmen erzielt worden, wofür Herr Grams dem Personalrat danke Das Präsidium ha-

be sich in seiner Sitzung am 19. September 2019 mit den Planungen befasst und diese zur Kenntnis genommen. Das Plenum werde in seiner heutigen Sitzung über den Stand der Planungen informiert.

### **c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums**

Herr Pirck berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation von der Delegationsreise der IHK Nord nach Shenzhen und Hongkong vom 25. bis zum 30. August 2019. Die IHK Nord organisiere seit 2017 vornehmlich Delegationsreisen zu dem Thema Digitalisierung. Reise seien unter anderem das Silicon Valley (Kalifornien), Israel und Estland gewesen. Shenzhen sei weltweit bekannt als das „Silicon Valley Chinas“. Die gesamte Stadt werde oft als Startup bezeichnet. Sie sei extrem jung und innerhalb kürzester Zeit rasant gewachsen. Noch 1980 war Shenzhen ein Fischerdorf mit rund 30.000 Einwohnern, heute zähle sie mehr als zehn Millionen Einwohner. Dies sei das Ergebnis eines politischen Experiments: Shenzhen sei 1980 zur ersten Sonderwirtschaftszone der Volksrepublik China erklärt worden. Mittlerweile sei die Stadt eine Hightech-Metropole. Durch die industriepolitische Strategie „Made in China 2025“ wolle das Land zur führenden Hightech-Nation aufsteigen. Bis 2025 solle 70 Prozent der in China genutzten Elektrofahrzeuge, Roboter und Hochtechnologieprodukte auf heimischem Boden hergestellt werden. Telekommunikationsausrüster Huawei oder der Internetkonzern Tencent seien dabei technologische Leuchttürme vor Ort. Shenzhen fungiere als Zentrum der Zulieferindustrie für Elektronikhardware. Einer der Schwerpunkte sei unter anderem die Nutzung von Big-Data für die Entwicklung von KI-basierten Anwendungen. China investiere derzeit viel in Forschung und Entwicklung eigener Produkte und Dienstleistungen, um den Schritt von der Werkbank zu einer innovativen Volkswirtschaft zu schaffen. Gemessen an seinen Ausfuhren zähle das Perflußdelta heute zu den fünf größten Exportnationen der Welt. Die 35-köpfige Delegation habe verschiedene Unternehmen besucht, darunter Royole (flexible Displays), Shenzhen Urban Transport Planning Centers (innerstädtische Verkehrsforschung), Huawei, Ubtech (künstlicher Intelligenz in der Robotik) und Shenzhen Haylion Technologies (intelligente Fahrtechnikinnovationen). Bei den Firmenbesuchen habe sich gezeigt, dass die Mitarbeiter hoch motiviert seien und deren Begeisterung die Entwicklung im Unternehmen vorantreibe. Wie in Deutschland auch sei die Gewinnung gut ausgebildeter Fachkräfte ein wichtiges Thema in der Unternehmensentwicklung. Das Interesse am dualen Ausbildungssystem sei vorhanden. Chinas digitale Konzepte seien nicht immer neu, jedoch sei die Digitalisierung sehr weit fortgeschritten – auch im Bereich der Finanzwirtschaft und hier insbesondere beim Einsatz von intelligenten Bezahlssystemen im stationären Handel. Wesentliche Teile des öffentlichen Personalverkehrs seien elektromobilitätisiert. Es bestünde von Seiten Chinas Interesse an einem Austausch zu erneuerbaren Energien. Das Thema Datenschutz werde wesentlich lockerer gesehen. Zugleich sei dies einer kundenorientierten Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen dienlich. Die Delegation habe die Gespräche mit den Unternehmensvertretern und den Bürgermeister von Shenzhen genutzt, um für den „Hamburg Summit“ zu werben.

Herr Vizepräsident Mücke fragt nach Vergleichswerten zu der in den Vortragsfolien gemachten Angabe über die Zahl der in Shenzhen ansässigen Hochtechnologieunternehmen (8.000 bis 12.000 Firmen). Herr Pirck wird Vergleichszahlen nachliefern. Herr Ederhof regt einen Austausch zwischen Herrn Pirck und Herrn Prof. Dr. Werner Biba, Projektkoordinator des Verbundprojekts „Initiative Norddeutsche Energiewende“ („NEW 4.0“), an. Herr Enkerts weist auf den bedenklichen Umgang Chinas mit Menschenrechten, Plagiats- und Datenschutz hin. Herr Pirck stimmt dem zu. Es sei nicht alles gut, die Situation in Hongkong sei sehr schwierig. Es sei aber auch wichtig, dass ein wirtschaftlicher Austausch mit China – insbesondere

in den Bereichen Technologie und Digitalisierung – weiterhin erfolge, damit Deutschland und Europa nicht den Anschluss verlören.

Aus der Mitte des Plenums werden Fragen zum Wirtschaftsplan und den Rückstellungen an das Präsidium formuliert. Herr Pirck sagt, er habe auf der letzten Plenarsitzung festgestellt, dass das Präsidium es zugelassen habe, dass der von dem Plenum beschlossene Wirtschaftsplan nicht eingehalten werde. Zusätzlich habe Herr Kornella zum Stand der Rücklagen ausgeführt, dass insbesondere bei der Ausgleichs-, Umbau- und Instandhaltungs- sowie Zinsausgleichsrücklage eine Unterdotierung im Vergleich zu bestehenden Risiken und erwarteten Ausgaben bestehe. Ergänzend habe Herr Kornella dem Plenum von dem Rechtsstreit zum Versorgungswerk berichtet, den die Handelskammer in zweiter Instanz verloren habe und für den keine Rückstellungen mehr bestünde. Dies sei eine prekäre finanzielle Situation. Er fragt das Präsidium:

- „Wie ist Ihr weiteres Vorgehen, um sicherzustellen, dass der Nachtragswirtschaftsplan – ausgenommen die Rückstellung für das Verfahren zum Versorgungswerk – eingehalten wird?“
- Was haben Sie organisatorisch verändert, damit es keine weiteren Abweichungen gibt?
- Haben Sie Maßnahmen ergriffen, die finanzielle Situation der Handelskammer zu stabilisieren und zukunftsfähig auszurichten? Wenn ja, welche?
- Was ist aus der IHK-Nord-Beschlussfassung eigentlich geworden: Aktiv nach Synergien zur Zusammenarbeit der Nordkammern zu suchen? Das hat Haushaltsentlastungspotential.“

Ergänzend hierzu fragt Herr Koopmann das Präsidium:

- „Um wieviel Prozent sind die Rücklagen seit 2018 wieder aufgefüllt worden – so wie es versprochen wurde?“
- Wie sieht der Plan zum Rücklagenaufbau aus?“

Herr Vizepräsident Mücke gibt an, dass sich das Präsidium in der November-Sitzung des Plenums äußern werde.

#### **d) Berichte aus den Ausschüssen**

*Der geplante Vortrag von Frau Odebrecht über die Arbeit der Wirtschaftsjunioren wird aufgrund der Absage der Vortragenden auf die November-Sitzung des Plenums verschoben. Es liegen keine weiteren Meldungen vor.*

#### **TOP 4: Beschluss über die Änderung unserer Prüfungssatzungen Versicherungsvermittler und Bewachungsgewerbe (Anlage 3)**

Herr Vizepräsident Mücke führt aus, dass es bei Beschlussfassung um die Änderung der Satzung für die Sachkundeprüfung Versicherungsvermittler/Versicherungsberater und der Prüfungsordnung für die Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe ginge. Aufgrund der Neufassung der Versicherungsvermittlungsverordnung mit Wirkung zum 20. Dezember 2018 und der Neufassung der Bewachungsverordnung mit Wirkung zum 1. Juni 2019 seien redaktionelle Anpassungen der Prüfungssatzungen für die genannten Sachkundeprüfungen erforder-

lich. Die einzelnen Änderungen seien in den Synopsen kenntlich gemacht, die den Plenarmitgliedern vor der Sitzung zugeleitet worden seien.

Auf Bitten von Herrn Vizepräsidenten Mücke erläutert Herr Schierbecker das weitere Vorgehen. Demnach orientiere sich die Anpassung der Prüfungsregularien anhand der DIHK-Mustersatzung. Die Änderungen seien ausschließlich redaktioneller Natur, der Inhalt der Prüfung bleibe unverändert.

*Das Plenum beschließt die Zweite Änderung der Satzung für die Sachkundeprüfung Versicherungsvermittler / Versicherungsberater und die Zweite Änderung der Prüfungsordnung für die Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe entsprechend der formalen Beschlusstexte mit 25 Ja-Stimmen einstimmig.*

#### **TOP 5: Beschluss über die Neufassung des Statuts für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen (Anlage 4)**

Auf Bitten von Herrn Vizepräsidenten Mücke erläutert Herr Olbrisch die geplante Neufassung des Statuts für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen. Nach § 1 Absatz 3 des IHK-Gesetzes obliege den IHKs die Ausstellung jener Dokumente. Seit dem Jahr 2001 biete die IHK-Organisation die Möglichkeit, Ursprungszeugnisse und Handelsrechnungen online zu beantragen. Seither nehme der Anteil elektronisch beantragter und ausgestellter Ursprungszeugnisse stetig zu. 2018 habe die Handelskammer von insgesamt 48.513 Ursprungszeugnissen rund 14.000 Zeugnisse, also knapp 30 Prozent, elektronisch ausgestellt. Die Anwendung zur Antragstellung „Elektronisches Ursprungszeugnis“ („eUZ“) sei nun umfassend überarbeitet und modernisiert worden („neues eUZ“). Mit der neuen Anwendung werde neben der qualifizierten elektronischen Signatur alternativ ein mehrstufiges passwortgeschütztes Berechtigungsverfahren als Zugang angeboten. Diese neue Antragsalternative werde das elektronische Verfahren deutlich attraktiver machen, da neben einem Internetzugang keine weiteren Zusatzanforderungen (Signaturkarten, Kartenlesegeräte) erforderlich seien. Zur Eröffnung von Alternativen zur qualifizierten elektronischen Signatur bedürfe es einer Änderung des Statuts der Handelskammer für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen vom 3. März 2016. Die vorgeschlagene Neufassung des Statuts sei den Plenarmitgliedern vorab der Plenarsitzung über HKConnect zugegangen. Die Änderungen entsprächen dem DIHK-Musterstatut. Es seien unter anderem redaktionelle Anpassungen vorgenommen und die Datenschutzverordnung berücksichtigt worden. Die Ausschüsse für Außenwirtschaft, Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa haben in ihrer gemeinsamen Sitzung am 19. Juni 2019 die Neufassung des Statuts zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Plenum zur Verabschiedung empfohlen. Das Präsidium habe in seiner Sitzung am 8. August 2019 einstimmig beschlossen, dem Plenum die Verabschiedung der Neufassung des Statuts in dieser Form zu empfehlen.

Auf die Frage von Herrn Ederhof, ob der Vorgang kostendeckend sei, antwortet Herr Olbrisch, dass es eine neue Gebührenordnung gebe und anhand derer das elektronische Verfahren fast kostendeckend sei. Bei dem Papierverfahren müsse die Ablage- und Archivleistung der Handelskammer mit einberechnet werden. Das elektronische Verfahren verursache Kosten in Höhe von 1,70 Euro pro Zeugnis. Bei einer erneuten Gebührenanpas-

sung könne eventuell die elektronische Antragsalternative günstiger angeboten werden. Die zeige sich anhand der noch zu sammelnden Erfahrungswerte.

*Das Plenum beschließt das neue Statut der Handelskammer für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen mit 28 Ja-Stimmen einstimmig.*

Am Beispiel des Vortrages von Herrn Olbrisch dankt Herr Dr. Mecke dem Hauptamt ausdrücklich für die geleistete Arbeit in vielen komplexen und anspruchsvollen Einzelthemen. Das Plenum schließt sich dem Dank an.

## **TOP 6: Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Projektgruppe Satzungs-evaluation (Anlage 5)**

Herr Vizepräsident Mücke führt aus, dass für die Satzungsevaluation eigens eine Projektgruppe im Juni 2018 vom Präsidium eingesetzt worden sei. Sie habe den Auftrag, eine Überarbeitung der Handelskammer-Satzung zu prüfen und entsprechende Regelungsvorschläge zu erarbeiten. Die vorgeschlagenen Änderungen bezögen sich auf die Regelungen der Satzung hinsichtlich Plenum, Präsidium, Ausschüssen und Geschäftsführung. Nicht betroffen seien die vom Plenum bereits geänderten Regelungen zur Wahl des Plenums und des Präsidiums. In der heutigen Sitzung solle über die Ergebnisse der Projektgruppe diskutiert und Störfaktoren identifiziert werden, so dass in der November-Sitzung des Plenums die Abstimmung über die Satzungsänderung erfolgen könne. Hierfür bedürfe es einer  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit.

Auf Bitten von Herr Vizepräsident Mücke stellt Herr Graf die einzelnen Änderungsvorschläge vor. Diese seien angelehnt an die DIHK-Mustersatzung und in Teilen sehr detailliert formuliert. Am 9. September sei der Änderungsentwurf in HKConnect eingestellt worden. Bisher lege hierzu ein Beitrag von Frau Nack-Warenycia vor. Ferner sei auf HKConnect diskutiert worden, ob der Antrag von Herrn Elmendorf zu der Einführung einer Frauenquote (siehe TOP 8g, Anlage 13) in der Satzungsneufassung berücksichtigt werden solle. Thematisch habe sich die Projektgruppe noch nicht damit auseinandersetzen können. In der 43. Kw sei eine weitere Sitzung der Projektgruppe vorgesehen, bevor es in der kommenden Plenarsitzung zu einer Beschlussfassung kommen solle.

Herr Graf merkt zu dem Änderungsvorschlag zur Behandlung von Anträgen in Plenarsitzungen (II. Plenum, § 7, Absatz 2) an, dass ein Zwang für das Plenum, alle rechtzeitig vorliegenden Anträge behandeln zu müssen, nach Rücksprache mit der Rechtsaufsicht rechtlich problematisch ist. Die Arbeitsfähigkeit des Plenums würde dadurch gefährdet.

Ferner merkt Herr Graf an, dass der Vorschlag, die Geschäftsführung als Kollegialorgan zu verfassen (V. Geschäftsführung, § 15, Absatz 2), von Seiten der Rechtsaufsicht als nicht genehmigungsfähig betrachtet werde.

Herr Vizepräsident Mücke bittet um Aufgabe der empfundenen Störfaktoren im Änderungsentwurf der Satzung aus der Mitte des Plenums per Akklamation. Mit diesen Punkten solle sich die Satzungskommission erneut befassen und das Plenum über HKConnect bis in der November-Sitzung des Plenums informiert halten. Das Plenum wiederum solle die Zeit bis zur nächsten Plenarsitzung nutzen, um sich auf HKConnect intensiv über die Satzungsänderungsvorschläge zu informieren und auszutauschen.

Aus der Mitte des Plenums werden zunächst Änderungen und Anregungen allgemeiner Natur geäußert:

Herr Bartmann sieht in der angestrebten Neuerung der Satzung eine breite Demokratisierung, die dem Plenum mehr Einbindung und Legitimierung ermögliche. Das begrüße er. Diese Entwicklung bedeutete aber auch eine höhere Sitzungsfrequenz und längere Sitzungsdauer. Das Plenum müsse sich verpflichten, sich zeitlich weitaus mehr – als bereits heute – zu engagieren.

Frau Beckmann hat drei redaktionelle Anmerkungen: Begrifflichkeiten, die abgekürzt würden, sollen bei der Ersterwähnung ausgeschrieben werden. Ferner sei eine gendergerechte Sprachregelung wünschenswert. Zudem wünsche Sie sich, dass statt eines einzelnen „Präses“ zukünftig auch ein „Präses-Team“ an der ehrenamtlichen Spitze der Handelskammer stehen könne. Herr Graf sagt bezugnehmend auf den Teamgedanken, dass im IHK-Gesetz vom Präsident bzw. Präses im Singular die Rede sei. Die von Frau Beckmann vorgeschlagene Regelung setze eine Änderung des IHK-Gesetzes voraus. Dies könne nur durch den Bundesgesetzgeber erfolgen. Herr Vizepräsident Mücke ergänzt, dass eine solche Anregung an den Bundesgesetzgeber zunächst über den DIHK laufen könne. Man könne diese Idee durchaus im Rahmen einer der nächsten IHK Vollversammlungen vortragen.

Herr Lorenzen regt an, die Möglichkeit der Mitgliederbeteiligung – durch Anträge im Plenum oder Mitgliederentscheide – in Betracht zu ziehen. Herr Graf erklärt, dass eine feste Bindung des Plenums an ein Mitgliedervotum eine Änderung des IHK-Gesetzes voraussetzen würde. Herr Perleberg erachtet Mitgliederentscheide angesichts der geringen Wahlbeteiligung bei den Plenarwahlen als kritisch und favorisiert daher das bestehende Modell eines spiegelbildlichen Plenums.

Aus der Mitte des Plenums werden folgende Störfaktoren benannt:

- II. Plenum, § 6, Absatz 2,: Selbstauflösung (Ergänzung)
  - Es solle ein Recht auf Selbstauflösung des Plenums durch seine Mitglieder geben. Machbarkeitsprüfung erforderlich.
- II. Plenum, § 6, Absatz 4, Satz 2: Verbot/unmittelbarer Vorteil
  - Begriff der Unmittelbarkeit solle mit Beispielen verdeutlicht werden.
  - Mitwirkung könne nicht ausgeschlossen werden (Branchenvertretung), es müsse aber Transparenz geschaffen werden.
- II. Plenum, § 7, Absatz 2, Satz 5: 14-Tage-Frist für Antragsstellung
  - Frist solle gesenkt werden, um aktuelle Tagespolitik berücksichtigen zu können.
- II. Plenum, § 7, Absatz 2, Sätze 6, 7, 8: Anträge
  - Arbeitsfähigkeit und -effizienz des Gremiums seien gefährdet, wenn alle rechtzeitig vorliegenden Anträge berücksichtigt und in ausreichender Zeit behandelt werden müssen.
- II. Plenum, § 7, Absatz 2: Reihenfolge Tagesordnungsthemen (Ergänzung)
  - Sachpolitische Themen sollen immer vor Interna stehen.
- II. Plenum, § 7, Absatz 4, Sätze 3, 4: Halbstündige Sitzungspause/Beschlussfähigkeit
  - Möglichkeit für undemokratische Beschlüssen gegeben.

- Interessenvertretung einzelner Branchen könne ausbleiben.
- II. Plenum, § 7, Absatz 5, Satz 1: Mehrheit abgegebener Stimmen
  - Eindeutige Formulierung solle verwendet werden.
  - Eindeutige Rechenbeispiele sollen mitaufgeführt werden.
- II. Plenum, § 7, Absatz 5, Satz 2: Quorum Satzungsänderungen
  - Keine Herabsetzung des gültigen  $\frac{3}{4}$ - Quorums.
- II. Plenum, § 7, Absatz 9, Satz 4: Fristsetzung Protokolle
  - Eine Frist solle es sowohl bei Plenarprotokollen als auch bei Protokollen des Präsidiums geben.
- II. Plenum, § 7a, Absatz 2: Anträge
  - Arbeitsfähigkeit und -effizienz des Gremiums sei gefährdet.
- III. Präsidium, § 9, Absatz 1: Beschlüsse des Präsidiums vs. Plenum
  - Rechtsfolge und Haftung: Was gilt und wer haftet, wenn das Präsidium einen Beschluss fasst, den das Plenum durch einen anderen Beschluss neu fasst?
- IV. Ausschüsse, § 12, Absatz 1: Berufung Ausschussmitglieder
  - Der Ausschussvorsitzende solle für die Zusammensetzung seines Ausschusses zuständig sein. Wie bisher auch, solle der Ausschussvorsitzende eine Vorschlagsliste dem Plenum zur Abstimmung vorlegen.
- IV. Ausschüsse, § 12, Absatz 2: Wahl des Ausschussvorsitzenden
  - Das Plenum solle weiterhin die Ausschussvorsitzenden festlegen.
- IV. Ausschüsse, § 12, Absatz 3: Rechte Projektgruppenleiter (Ergänzung)
  - Projektgruppenleiter sollen ähnliche Kompetenzen, Befugnisse und Rechte wie Ausschussvorsitzende bekommen.
- V. Geschäftsführung, § 15, Absatz 1: Anzahl Stellvertreter
  - Die Anzahl der Stellvertreter solle nominal festgelegt / begrenzt werden.
- V. Geschäftsführung, § 15, Absatz 3: Bestätigung der Bestellung
  - Durch die Möglichkeit der Abberufung sei die Bestätigung überflüssig.
  - Die Arbeitsverträge regeln die Dauer. Hier müsse eine Anpassung erfolgen.

Auf Nachfrage, wann eine verabschiedete Satzung ggf. in Kraft trete erklärt Herr Graf , dass die geänderte Satzung mit der Genehmigung durch die Rechtsaufsicht und die satzungsgemäße Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger Gültigkeit erlangen würde.

Das Plenum dankt der Satzungskommission für deren Arbeit.

## **TOP 7: Bericht und Beschluss über die Positionierung Handelskammer Hamburg zur OECD-Studie zur Metropolregion Hamburg (Anlage 6)**

Herr Dr. Lau stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die OECD-Studie der Metropolregion Hamburg und deren Ergebnisse vor. Er erläutert die Bewertung der Studienergebnisse, die im Beschlussvorschlag verschriftlicht worden seien. Die Metropolregion Hamburg setze sich aus vier Ländern, 20 Landkreisen und kreisfreien Städten zusammen. Diese politische Fragmentierung sei laut OECD ein wesentlicher Grund des schlechten Abschneidens der

Metropolregion Hamburg im Vergleich zu süddeutschen Metropolregion wie etwa München und Stuttgart, hinter deren Entwicklung ein dauerhaftes Zurückfallen drohe. Die OECD habe Vorschläge unterbreitet, die die Metropolregion Hamburg im Standortwettbewerb nach vorne bringen sollen. Insbesondere sollten die Folgen politischer Fragmentierung gemildert werden. Die Zusammenarbeit und die Haltung sollten stets unter den Maximen „think big & urgent shift“ erfolgen. Die Zielstellungen sollten also ambitioniert sein und rasch ein wirtschaftspolitischer Strategiewechsel erfolgen. Zu den wichtigsten Handlungsfeldern gehörten aus Sicht der OECD: Innovation, Bildung und Humankapital, Digitalisierung, Planung, Erneuerbare Energien sowie Branding (Kultur und Tourismus). Um diese Ziele zu erreichen, müsse die Politik der vier Länder enger aufeinander abgestimmt und zum Wohle der Metropolregion ausgerichtet werden. Die Wirtschaft solle diesen Prozess unterstützen und begleiten.

Herr Dr. Lau verliest den Beschlussvorschlag: „Die Handelskammer Hamburg erkennt aus dem Territorial Review der OECD die Notwendigkeit einer engeren und besser koordinierten Wirtschaftspolitik der vier Länder für die Metropolregion Hamburg. Sie fordert die Länder auf, den Befund der OECD zur Wettbewerbsfähigkeit ernst zu nehmen, einen Schulterschluss in wesentlichen Handlungsfeldern zu üben und die Bemühungen darauf zu richten, dass die Metropolregion Hamburg im Standortwettbewerb nachhaltig aufholt und Spitzenstellungen in ausgewählten Feldern, wie zum Beispiel im Bereich Erneuerbare Energien, erlangt. Die Handelskammer Hamburg wird diesen Prozess konsequent unterstützen und die Umsetzung konstruktiv begleiten.“

Herr Pirck gibt an, er vermisse in der Beschlussformulierung die nötige Schärfe und schlägt daher eine Änderung des Beschlusstextes vor. In diesem Zuge werden weitere Themenergänzungen beziehungsweise -konkretisierung aus der Mitte des Plenums genannt: Verkehr (Herr Asmus), IHK Nord (Herr Ederhof), Nutzung erneuerbarer Energie in der Region (Herr Dürre). Herr Dr. Lau regt an, im endgültigen Beschlussantrag die Ziele weiterhin zu erwähnen.

Das Plenum einigt sich auf folgende Beschlussformulierung: „Die Metropolregion Hamburg bildet die Realität der regionalen Wirtschaft besser ab, als die administrativen Grenzen, deren föderale Strukturen die Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion spürbar beeinträchtigen. Die Ergebnisse des Territorial Review der OECD zeigen den Wettbewerbsrückstand der Metropolregion Hamburg in dramatischer Weise und unmissverständlich auf. Es ist notwendig, unverzüglich gegenzusteuern und diese Situation umzukehren. Die Handelskammer Hamburg fordert die Länder auf, den Weckruf der OECD ernst zu nehmen und eine übergeordnete Wirtschaftspolitik für die Metropolregion Hamburg verbindlich zu etablieren. Hierzu gehört auch die gezielte Verlagerung von Entscheidungskompetenzen der Länder und Kommunen auf Ebene der Metropolregion, z.B. in den Themen Bildung, Verkehr, ÖPNV, Innovation, Planung sowie Standortmarketing. Der Schulterschluss und alle Bemühungen sind darauf zu richten, dass die Metropolregion Hamburg im Standortwettbewerb nachhaltig aufholt und Spitzenstellungen in ausgewählten Feldern, wie zum Beispiel im Bereich Erneuerbare Energien, erlangt. Die Handelskammer Hamburg wird diesen Prozess mit ihren Partnern in der Initiative pro Metropolregion Hamburg e.V. (IMH) konsequent unterstützen, die Umsetzung konstruktiv begleiten und als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung stehen.“

*Das Plenum beschließt die von Herrn Pirck vorgeschlagene und um die Diskussionspunkte ergänzte Formulierung der Positionierung der Handelskammer zur OECD-Studie der Metropolregion Hamburg mit 24 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.*

## **TOP 8: Beschlüsse über Anträge**

Aufgrund der vorangeschrittenen Sitzungszeit diskutiert das Plenum über den Umgang mit den unter TOP 8 zu behandelnden Anträgen. Das Plenum ist sich einig darin, dass eine Befassung dieser Anträge heute nicht mehr möglich ist. Herr Perleberg schlägt daher vor, dass das Präsidium alle Antragsteller kontaktieren und erfragen solle, ob der jeweilige Antrag noch Bestand habe. Herr Mücke ist mit dem Vorschlag einverstanden, nachdem es keine anders lautenden Wünsche von Seiten der Mitglieder des Plenums gibt.

Herr Brauer gibt zu bedenken, dass man einige Anträge bereits seit einiger Zeit immer wieder vortrage. Vor diesem Hintergrund bittet er das Präsidium eine Lösung für dieses Problem zu finden.

### **a) „Verbesserung von unten“ von Herrn Holstein (Anlage 7)**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund mangelnder Zeit.

### **b) „Ausschussvorsitzenden Gehör verschaffen“ von Herrn Holstein (Anlage 8)**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund mangelnder Zeit.

### **c) „Sparsamkeit – Transparenz und Fairness“ von Herrn Thies (Anlage 9)**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund mangelnder Zeit.

### **d) „Keine personellen Veränderungen“ der Herren Brauer, Ederhof, Elmendorf (Anlage 10)**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund mangelnder Zeit.

### **e) „Fortführung der Diskussion HGF-Degen“ der Herren Holstein, Jakovlev (Anlage 11)**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund mangelnder Zeit.

### **f) „Der DIHK darf keine Dachorganisation der Handelskammern werden“ von Frau Nack-Warenycia und Herrn Dr. Teichert (Anlage 12)**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund mangelnder Zeit.

### **g) „Mit gutem Vorbild voran gehen“ von Herrn Elmendorf (Anlage 13)**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund mangelnder Zeit.

## **TOP 9: Verschiedenes**

Herr Vizepräsident Mücke schließt die Sitzung um 18.46 Uhr und lädt zu einem anschließenden Apéritif ein.

Hamburg, 24. Oktober 2019

gez. Armin Grams  
stellv. Hauptgeschäftsführer